
FDP-Fraktion im Römer

MAINKAI VERKOMMT ZUR UNGENUTZTEN FLÄCHE

05.08.2025

Der Mainkai präsentiert sich auch in diesem Sommer als weitgehend verwaiste Fläche. Während die nördliche Uferstraße erneut für den Autoverkehr gesperrt bleibt, fehlt es an einem durchdachten Konzept zur sinnvollen Nutzung. „Der Mainkai wird für alle gesperrt, aber letztlich nur an wenigen Tagen für Großveranstaltungen verwendet. Dazwischen bleibt die Fläche öde und leerstehend“, kritisiert der FDP-Fraktionsvorsitzende Yanki Pürsün. „Genau davor haben wir Freidemokraten immer gewarnt: Es fehlt ein tragfähiges, kreatives Nutzungskonzept, das den Mainkai wirklich belebt und für die Bürger attraktiv macht.“ Die Situation markiere einen deutlichen Rückschritt gegenüber den Vorjahren, als zwischen größeren Veranstaltungen zumindest kleinere Aktionen, gastronomische Angebote oder urbanes Leben die Sperrung rechtfertigten.

Pürsün erklärt die weitreichenden Folgen dieser mangelhaften Planung für die gesamte Innenstadt: „Wir haben immer betont, dass ein leerer Mainkai niemandem nutzt – weder den Menschen, die im Sommer am Wasser verweilen möchten, noch den vielen Pendlern, die sich seit der Sperrung durch die ohnehin überlastete Innenstadt quälen müssen.“ Der Verkehr werde auf alternative Routen gedrängt, die nicht für das zusätzliche Aufkommen ausgelegt seien. „Das schafft Umwege, Frust und mehr Emissionen in anderen Stadtteilen, insbesondere in Sachsenhausen.“ Statt einer durchdachten Balance zwischen Verkehrsfluss und öffentlicher Nutzung entstehe eine doppelte Belastung für Autofahrer und Bürger gleichermaßen.

Die FDP-Fraktion spricht sich gegen eine dauerhafte Sperrung des Mainkais aus und fordert stattdessen eine grundlegende Überarbeitung der bisherigen Strategie. „Frankfurt verdient eine Lösung, die sowohl funktional als auch attraktiv ist – eine temporäre, bedarfsgerechte Nutzung statt dieser dauerhaften Sperrung ohne Vision“, so Pürsün. Die

Liberalen sehen in der aktuellen Situation das Resultat einer verfehlten Verkehrspolitik, die weder den Verkehrsfluss noch die Bürgerbedürfnisse angemessen berücksichtigt.